



Der lachende Drache

24. Jg. / Nr. 242

Stadtteilzeitung für St. Georg

2-3/2010

Shared Space für die Lange Reihe? Mit uns Nicht!

Am 19. Februar haben der „Bürgerverein zu St. Georg von 1880 R.V.“ und der „Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.“ nach vielen Jahren erstmals wieder eine gemeinsame Pressekonferenz anberaumt. Gemeinsam sprechen sich die beiden Stadtteilvereine gegen die kürzlich angekündigte Einführung von Shared Space für die Lange Reihe aus. Wir geben hier die an diesem Tag verbreitete Pressemitteilung wieder, die in den Medien starke Berücksichtigung erfahren hat und sowohl die gemeinsame Position beleuchtet wie auch spezielle Akzente des einen wie des anderen Stadtteilvereins setzt.

Presseerklärung vom 19. Februar 2010:

Am 12. Februar 2010 teilte die Behörde für Stadtentwicklung für und Umwelt (BSU) mit, dass sie an die Vorbereitungen gehe, die Lange Reihe bis 2011 zu einer so genannten Gemeinschaftsstraße umzubauen. Angeblich würde jetzt ein „umfangreiches und ergebnisoffenes Beteiligungsverfahren“ in Gang gesetzt, so die zuständige Senatorin Anja Hajduk. „Nur Akzeptanz ermöglicht den Erfolg des Projekts.“

Bereits Ende 2007/Anfang 2008 haben insgesamt drei Veranstaltungen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte zum Thema Shared Space in St. Georg stattgefunden. Auf diesen

Versammlungen wurde sehr deutlich, dass die Mehrheit der TeilnehmerInnen der Umwidmung der Langen Reihe zu einer Gemeinschaftsstraße kritisch bis ablehnend gegenüber steht. Insbesondere der Bürgerverein und der Einwohnerverein haben ihre negative, zum Teil aus unterschiedlichen Motiven herrührende Haltung zu diesem Projekt mehrmals und sehr nachdrücklich formuliert. Trotz wiederholter, ergebnislos gebliebener Nachfragen u.a. im Stadtteilbeirat müssen die BürgerInnen und EinwohnerInnen St. Georgs jetzt zur Kenntnis nehmen, dass die Planungen trotz der Einwände in den vergangenen zwei Jahren ohne Rückkoppelung mit dem Stadtteil weiter gegangen sind. Dass der Protest sehr wohl wahrgenommen wurde, schlägt sich auch in einem Papier des

Bezirks Hamburg-Mitte vom 25. Januar 2010 nieder, in dem es abschließend heißt: „In Bezug auf die Risikoabschätzung ist mit Rückblick auf die bereits erfolgten Workshops von keinem einheitlichen Konsens zum Umgang mit der Langen Reihe, und speziell dem Thema Gemeinschaftsstraße, auszugehen.“ Selbst

Hier wäre nach gemeinsamer Überzeugung der beiden Vereine eine Tempobegrenzung auf 30 km/h völlig ausreichend. **Zu seiner speziellen Sicht führt der Bürgerverein an:** Die Lange Reihe ist eine beliebte intakte Wohn- und Einkaufsstraße. Warum sollte diese Straße umgebaut werden?

Die Lange Reihe muss umgebaut werden, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Falsch: Aus polizeilicher Sicht besteht hierfür keine Notwendigkeit. Die Lange Reihe ist kein Unfallschwerpunkt. Sie ist nicht gefährlich. An vier Zebrastreifen kann sie heute gequert werden. Die Lange Reihe muss umgebaut werden, um den Verkehr zu beruhigen! Falsch: Eine Verkehrsberuhigung erwarten wir hierdurch nicht, wohl aber eine Verdrängung des Verkehrs auf Nebenstraßen, z.B. auf die Koppel. =Wir haben seit Jahren gefordert, Tempo 30 in der Langen Reihe einzuführen, damit

auch früh morgens und abends die Geschwindigkeit eingegrenzt ist. Die Montage dieser Schilder kostet einen Bruchteil der Ausgaben Shared Space.

Die Lange Reihe wird durch Shared Space zum Versuchskaninchen. Mindestens 2,2 Mio. EUR sollen hier verbuddelt werden, ohne das der Sinn und Zweck erkennbar wird. Wir bestreiten, dass die gewollte Unsicherheit aller Verkehrsteilnehmer auf dem kleinen Kernstück zwischen Danzigerstraße und Greifswalder Straße zu mehr Verkehrssicherheit führt. Gerade



STOP - kein Shared Space in der Langen Reihe

der Bezirk räumt also ein, dass die von Senatorin Hajduk geforderte „Akzeptanz“ in St. Georg nicht gegeben ist.

Die beiden Stadtteilvereine bewerten Shared Space im Allgemeinen durchaus positiv, halten allerdings die Lange Reihe für ein entsprechendes Projekt für ungeeignet. Die Erfahrungen der Kleinstadt Bohmte nahe Osnabrück, wo ein Modellprojekt Shared Space bereits eingeführt wurde, lassen sich nicht auf eine so dynamische Straße mit Wohnhausbebauung und Kleingewerbestructur übertragen.

Fortsetzung nächste Seite ●●●●●●●●●●

Kinder und ältere Menschen brauchen sichere Wege. Wir wollen auch, dass weiterhin der 6er Bus durch die Lange Reihe fährt. Die Gemeinschaftsstraße könnte zu Verlegung der Buslinie führen. Die Überwachung der Parkflächen in der Langen Reihe ist unzureichend. Wir haben nicht die Hoffnung, dass sich dies in Zukunft ändert.

Der teure Umbau eines kleinen Stückes der Langen Reihe bringt keinerlei Vorteile für die Menschen, die hier leben und arbeiten. Hamburg, St. Georg hat andere Sorgen. Um endlich etwas vorzeigen zu können, muss man die Lange Reihe nicht umbauen.

Der alternative Einwohnerverein

begrüßt im Grundsatz die Philosophie von Shared Space und sieht darin einen Ansatz, das Tempo auf den Straßen zu senken und den Straßenraum gleichberechtigt für FußgängerInnen, FahrradfahrerInnen und AutofahrerInnen nutzbar zu machen, gibt aber auch zu bedenken, dass ältere, geh- und sehbehinderte BürgerInnen den Straßenraum als weniger kalkulierbar empfinden und ihn deswegen möglicherweise meiden.

Die Lange Reihe als Gemeinschaftsstraße auszuweisen würde die hier seit Jahren festzustellenden negativen Erscheinungen (Ladensterben, Zunahme von Restauration und Außengastronomie, Umwandlungen, Mietpreisexplosion und Verdrängung) nachhaltig verschärfen. Auf die Frage, welche mittelfristigen Auswirkungen Shared Space denn über die Veränderung des unmittelbaren Straßenraumes hinaus haben würde, antwortete



STOP - kein Shared Space in der Langen Reihe!

der Schöpfer von Shared Space, der inzwischen verstorbene Stadtplanungs- und Verkehrsexperte Hans Mondermann, auf einer Veranstaltung in St. Georg vor gut zwei Jahren, dass nach seiner Erfahrung die Attraktivität von entsprechenden Zonen für Gäste und TouristInnen und damit deren Zahl deutlich zunehmen und die Quadratmeterpreise erhöht würden, für das Gewerbe innerhalb von fünf Jahren sogar um fast das Doppelte.

Der Einwohnerverein lehnt daher ab, die Lange Reihe zu einer Gemeinschaftsstraße umzuwidmen. Es gibt bereits zu viele Belastungen durch die bisweilen überbordende Außengastronomie und eine massive Verdrängung von MieterInnen und Kleingewerbetreibenden, Phänomene, die durch Shared Space weiter verstärkt werden würden.

Letzte Meldung:

Bürger- und Einwohnerverein haben Shared Space kurzfristig auf die Tagesordnung des Stadtteilbeirats am 23. Februar setzen lassen. Mit großer Mehrheit der stimmberechtigten Stadtteilbeiratsmitglieder (dazu zählen auch die ParteienvertreterInnen von GAL und SPD) und mit

überwältigender Mehrheit der Anwesenden wurde das Konzept Shared Space für die Lange Reihe abgelehnt. Wenn Frau Hajduk ihre Aussagen ernst meint, dann dürfte es keine Eingriffe der geplanten Art auf St. Georgs Hauptstraße geben, die Lange Reihe als Shared Space müsste sofort in den Schubladen verschwinden!

Das Problem für die Koalition ist, dass sie im gesamten Bezirk

Hamburg-Mitte lediglich die Lange Reihe als Gemeinschaftsstraße hat prüfen lassen. Mit dem Platzen dieser Option aber ständen SPD und GAL in Mitte ohne irgendeine Alternative da. Das ist in der Sache fatal, aber angesichts der Ignoranz in dieser Frage auch selbstverschuldet. Insbesondere Michael Osterburg (der Vorsitzende der GAL-Bezirksfraktion) ging offenbar immer von falschen Voraussetzungen aus, wenn er im „Hamburger Abendblatt“ mit den Worten zitiert wird: „Dank einer Bürgerbefragung aus dem Jahr 2007 wissen wir, dass es für die Lange Reihe als ‚Shared Space‘ eine Mehrheit gibt“ (20./21.2.2010). Tatsächlich hat es weder 2007 noch überhaupt eine repräsentative Bürgerbefragung gegeben.

Der Einwohnereinsvertreter hat beim Stadtteilbeirat nochmals die Bereitschaft zum Gespräch erklärt, über örtliche Alternativen in Absprache mit der Bewohnerschaft und den Gewerbetreibenden nachzudenken, ein Angebot, das der Bezirk leider zwei Jahre ausgeschlagen hat. Nun steht er vor einem kleinen Scherbenhaufen. ■

Wasser Marsch

Zurzeit befindet sich die St. Georger Geschichtswerkstatt mitten in der Umsetzung ihres umfangreichen Programms „Wasser im Eimer?“, mit dem einige Akzente zur Bedeutung des Wassers und zu den Gefahren seiner Privatisierung gesetzt werden sollen.

Eine eigentlich für den 21. Januar angekündigte Veranstaltung unter dem Titel „Hamburgs Wasser, St. Georg und die Politik“, hat der dafür verantwortliche Einwohnerverein kurzfristig verschieben müssen. Stattdessen werden Rolf Becker und weitere Mitglieder des Einwohnereins ein historisch-politisches Programm (Arbeitstitel: „Gold des Gartens Eden“) voraussichtlich am 7. Mai (19.30 Uhr) auf einem Alsterdampfer zelebrieren. Nähere Infos dazu im (über)näch-

sten „Lachenden Drachen“.

Zuletzt hat am 6. Februar ein gut besuchtes Literarisches Menü mit 40 TeilnehmerInnen stattgefunden. Wie schon in den beiden Vorjahren wird das Programm mit dem schönen Titel „Wasserzeichen“ noch ein zweites Mal aufgeführt, und zwar am 28. Mai um 18 Uhr im „Movimento des Gewerkschaftshauses“ (Besenbinderhof 57a); der Eintritt kostet für das Buffet (ohne Getränke) 16 Euro, verbindliche Anmeldungen sind an die Büchergilde zu richten (Tel.). Positiv aufgenommen von den ca. 15 Gästen wurde auch ein Besuch des neuen maritimen Militaria-Museum in der Hafencity am 18. Februar; entsprechende Erläuterungen gab Markus Dorfmueller von der Anti-Tamm-Initiative.

Das Wasserprogramm der Geschichtswerkstatt wird in den nächsten Wochen fortgesetzt mit einer geführten Besichtigung des Museums von „Hamburg Wasser“ am 2. März, Treffpunkt ist um 16.30 Uhr der Eingang des Geländes (Billhorner Deich 2, in Rothenburgsort). Dort erfahren wir (nicht zuletzt auch etwaig beteiligte Kinder) einiges Interessante über die „Wassergewinnung und -versorgung in Hamburg damals und heute“. Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung nicht erforderlich.

Und vom 25. bis 31. März wird das Wasserprogramm zum wiederholten Male in das kommunale Kino „Metropolis“ am Steindamm 52/54 verlegt. In der betreffenden Woche zeigt unser Stadtteilkino eine Reihe wichtiger Streifen zum Thema. Als Auftakt-

..... Fortsetzung von Seite 2



veranstaltung am 25. März gibt es um 19 Uhr zunächst ein paar einstimmende Worte, der Stadtteilchor Drachengold tritt auf, und nach dem privatisierungskritischen Film „Wasser unterm Hammer“ stehen Leslie Franke und Hermann Lorenz zur Diskussion bereit. „Cine-Wasser“ ist in dieser Ausgabe des „Lachenden Drachen“ mit einem eigenen Zusatzprogramm vertreten, so dass daraus alle weiteren, wichtigen Daten entnommen werden können.

Und schließlich heißt es am **30. März um 19.30 Uhr** im Ganztags-gymnasium Klosterschule (Westphalensweg 7) „baden gehen“. SchülerInnen präsentieren an diesem Abend ein Überraschungsprogramm zum Wasser. ■

Foto links: Die LitMens beim Literarischen Menü am 6. Februar. Liane Lieske, Harald Heck, Bernhard Stietz-Leipnitz und Michael Joho (nicht darauf: die erkrankte Bene Schmidt-Joho)

Märchenstunde

Der gewerkschaftliche Kulturverein „Be60“ (für Besenbinderhof 60, die Adresse des St. Georger Gewerkschaftshauses) mausert sich in den vergangenen Jahren zu einem echten Träger interessanter Veranstaltungen. Am **18. März** stehen z.B. die Märchen von Oscar Wilde auf dem Programm, vorgetragen von der bekannten Schauspielerin Hannelore Hoger alias Bella Block. Frank teichmüller, ehemaliger IGM-Chef an



der Küste und jetziger Vorsitzender von Be60, hat sich eine sehr differenzierte, politisch-soziale motivierte Eintrittsregelung ausgedacht, die wir hier gerne mal anführen: 12 Euro für Normalos, 10 Euro für Gewerkschaftsmitglieder, 5 Euro für Azubis, SchülerInnen und Studierende, und Arbeitslose zahlen nix! Klasse, alles auf'n Punkt gebracht! ■

11. Frühjahrsmesse

St. Georgs zentrale „Verkaufsausstellung für Kunsthandwerk und Design“ findet, nunmehr zum elften Mal, vom **26. bis 28. März**, im Haus für Kunst und Handwerk (Koppel 66/ Lange Reihe 75) statt. Auf drei Etagen zeigen rund 50 KünstlerInnen aller Sparten, was sie können und zu bieten haben. Und die Messen in der Koppel 66 sind, so die eigene Werbung, „bekannt für originelles Design, beste

handwerkliche Qualität und gute Form“. Wer kann da widerstehen? Zur Frühjahrsmesse gehört, wie immer, ein kleines Beiprogramm. Am **27. März** (15 Uhr) gibt es ein Konzert mit Axel Goldschmidt am Piano, am **28. März** ab 12 Uhr die beliebte Tombola. Wie schon bei der Adventsmesse wird es auch beim Frühjahrsspektakel eine Reihe von Stadtteilführungen von Maren Cornils geben,

die im Innenhof der Langen Reihe 75/Koppel 66 beginnen und dann ca. 90 min währen. Den Rundgang „Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“ gibt es am **26. und 27. März** jeweils um 11 und um 16 Uhr, am Sonntag, dem **28. März**, wird letztmalig um 11 Uhr gestartet. Der TeilnehmerInnenpreis beläuft sich auf 12 Euro, ermäßigt auf 8 Euro. Kontakt gibt es unter hamburgtouren@email.de. ■



FRÜHJAHRSMESSE | KOPPEL 66

Verkaufsausstellung für Kunsthandwerk und Design - Eintritt frei

26. - 28. März
Freitag – Sonntag 11 - 19 Uhr

zwischen Frühlingsanfang und Ostern zeigen 35 Aussteller, alle Koppel-Werkstätten und das Kunstforum der GEDOK ihre neuesten Arbeiten im Haus für Kunst & Handwerk.

PROGRAMM

Messebeginn - Freitag, 26. März, 11.00

Frühlings-Musik

Sonntag, 27. März, 15.00 Uhr
im Foyer – Axel Goldschmidt | Piano

Frühlings-Tombola

Sonntag, 28. März ab 12.00
Große Gewinnchancen für hochwertige Unikate aus allen Gewerken,

ESSEN & TRINKEN

Café-Koppel im Foyer

bekannt für gemutliches Kaffeetrinken, hausgemachte Kuchen und vegetarische Genüsse.

Bio-Café von el rochito,

das Messe-Café ganz oben, frisch, lecker und käuflich - mit Messe-Panorama-Blick

...und weil's im Advent so Vielen Spaß gemacht hat:
Stadtteilführung: St. Georg im Frühling / Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust
Fr, 26.3., 11 und 16 Uhr / Sa, 27.3., 11 und 16 Uhr / So, 28.3., 11 Uhr

Treffpunkt: Innenhof der 'Koppel 66' / Lange Reihe 75 / Dauer ca. 90 Min. / ohne Anmeldung / 12 Euro, erm. 8 Euro

TERMINE IM MÄRZ 2009:**2. DIENSTAG**

11.00, Besichtigung des Zentrums Schorsch durch die AG Community Center, Schorsch, Kirchenweg

16.30-18.30, „Wassergewinnung und -versorgung in Hamburg damals und heute“, Besuch des Hamburger Wasser-Museums im Rahmen der Geschichtswerkstatt-Reihe „Wasser im Eimer?!“, Eintritt frei, Treffpunkt: Hamburg Wasser, Billhorner Deich 2, Eingang

3. MITTWOCH

19.30, „Woher kommen wir – wohin gehen wir?“, Diskussion im Rahmen der Reihe „Glaubensfragen – Lebensfragen“ mit der Religionslehrerin Frau Bartmer, CVJM, An der Alster 40

4. DONNERSTAG

19.00, „Wer hat Angst vor der Juristin und Frauenrechtlerin Seyran Ates? Lesung für die Meinungsfreiheit“, veranstaltet von der Rosa Luxemburg-Stiftung in Kooperation mit Terre des Femmes, CVJM, An der Alster 40

5. FREITAG

19.00, Interkonfessioneller Weltgebetstag der Frauen, Dreieinigkeitskirche, St. Georgs Kirchhof

6. SAMSTAG

17.00, „Herr und Meister! Hör mich rufen!“ – Balladenzauber mit Hajü Artus (einigen auch noch als Hajü Ehmke bekannt – und gut), im Rahmen des „Kulturcafés“, 3 Euro, LAB-Begegnungsstätte, Hansaplatz 10

10. MITTWOCH

20.00, Monatstreffen des Einwohnervereins St. Georg, Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

14. SONNTAG

11.30-13.00, „Low Budget Jazz“ von Michael Danner und Patrick Pagels, Eintritt frei, Café Koppel im Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

18. DONNERSTAG

19.00, Oscar Wildes Märchen – vorgetragen von Hannelore Hoger, veranstaltet vom gewerkschaftlichen Kulturverein Be60, 12/10/5 Euro, Arbeitslose frei, Movimento im Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57a

25. DONNERSTAG

17.00, „Wie sag ich's meinem Schatz?“ – Frauen-Gesprächsrunde über HIV-positive/negative Partnerschaften, anlässlich des Internationalen Frauentages veranstaltet von der Aids-Hilfe Hamburg e.V., ajs, Hellkamp 68 (Eimsbüttel)

19.00, Auftakt der Film-Reihe „Cine-Wasser“ mit dem Film „Wasser unterm Hammer“ von Leslie Franke und Hermann Lorenz, im Rahmen der Geschichtswerkstatt-Reihe „Wasser im Eimer?“, in Kooperation mit dem „Metropolis“, Steindamm 52/54 (täglich Filme bis zum 31.3., s. Gesamtprogramm als Beilage)

20.00, „Broken Silence“, von Wolfgang Panzer, Filmvorführung im Rahmen diakonischen Engagements, Neuer Saal, Stiftstraße 15 (1. Stock)

26. FREITAG

11.00-19.00, Frühjahrsmesse im Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

11.00 + 16.00, „Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“ – Rundgang von Maren Cornils, 12/8 Euro, ab Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

16.00, „Leben hinterm Bahnhof“, Rundgang der Geschichtswerkstatt, 3/5 Euro, Treffpunkt: Max & Consorten, Spadenteich

27. SAMSTAG

11.00-19.00, Frühjahrsmesse im Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

11.00 + 16.00, „Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“ – Rundgang von Maren Cornils, 12/8 Euro, ab Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

15.00, Frühlingsmusik mit Axel Goldschmidt am Piano, Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

„Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“

28. SONNTAG

11.00-19.00, Frühjahrsmesse im Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

11.00, „Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“ – Rundgang von Maren Cornils, 12/8 Euro, ab Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

Ab 12.00, Tombola anlässlich der Frühjahrsmesse im Haus für Kunst und Handwerk, Koppel 66

„Straßenleben, Gartengrün & Alsterlust“

30. DIENSTAG

19.00, „Lass stecken!“ – Tabakentwöhnung nach dem „Rauchfrei-Programm“, Auftaktveranstaltung mit der Ärztin Helga Neugebauer, veranstaltet von der Aids-Hilfe, Lange Reihe 30/32

19.30, „50 Jahre Ostermarsch – eine Bewegung im Wandel“, Diskussion der Rosa Luxemburg-Stiftung mit den Zeitzeugen Günther Lübcke, Walter Wilken, Uwe Merz und Horst Bethge, 2 Euro, CVJM, An der Alster 40

19.30, „baden gehen“, Überraschungsprogramm des GanztagsGymnasiums Klosterschule im Rahmen der Geschichtswerkstatt-Reihe „Wasser im Eimer?!“, Eintritt frei, Klosterschule, Westphalensweg 7

Ein Jahr ist herum...

So schnell vergeht die Zeit. Frau Bettina Bohne ist nun seit einem Jahr Geschäftsführerin und seit Sommer 2009 auch Vorsteherin der Amalie Sieveking-Stiftung in der Stiftstraße 65. Sie hat in dieser doch recht kurzen Zeit schon einiges bewegt. Die Arbeit macht ihr Spaß und das sieht man ihr auch an. Sie selbst schaut auf das vergangene Jahr mit positiven Gefühlen, immerhin sind unter ihrer Ägide bereits drei Projekte ins Leben gerufen worden: der Kinderbauerngarten in Zusammenarbeit mit dem Ev. Kindertagesheim Stiftstraße; die ehrenamtliche Mitarbeit von Stifts-BewohnerInnen im Schorsch (ehemals Haus der Jugend); eine Strickaktion mit einer Designerin aus der Langen Reihe. Alles ist gut angenommen worden und nun hofft Bettina Bohne, dass die Projekte im Laufe der nächsten Jahre noch ausgebaut werden und es auch noch reichlich Gelegenheiten gibt, viel-

leicht mit anderen Einrichtungen in Kontakt zu kommen. Ihr ist es sehr wichtig, dass etwas in Bewegung kommt und dass die Amalie Sieveking-Stiftung nicht nur im Stadtteil immer bekannter wird. Es gibt noch viel zu tun. Ein Teil der Gebäude in der Brennerstraße, Stift- und Minenstraße konnte saniert und modernisiert werden. Nun heißt es, Geld für die weiteren Sanierungen einzuwerben. Sie freut sich über die Herzlichkeit der BewohnerInnen und ist positiv überrascht, wie hoch die Teilnahme an den Festen ist und wie häufig auch Unterstützung bei der Festvorbereitung angeboten wird. Es gibt natürlich auch Schwierigkeiten, eine davon ist, alles unter einen Hut zu bringen, aber das sieht sie als ständige Herausforderung an. Die Öffentlichkeitsarbeit ist einer ihrer Schwerpunkte, und auch in Zukunft möchte sie mittendrin bleiben in St. Georg und damit den „Standort“

sichern. Sie möchte also auch als 14. Vorsteherin die Geschichte der Stiftung mit gestalten, auf das es so weiter gehen kann, wie die letzten 178 Jahre. Kontakt gibt es unter Tel. 24 63 33 oder im Netz über die Website www.sieveking-stiftung.de. (Karla Fischer) ■



Frau Bettina Bohne

Jugendgruppenleiterschulung

Wer in einem Verein mitarbeitet, eine Gruppe leitet oder geleitet hat, weiß um den Spaß, aber auch die Verantwortung, wenn man mit Kindern und Jugendlichen unterwegs ist. Eine Jugendgruppenleiterschulung ist eine gute Grundlage, um in diese Arbeit einzusteigen, kann aber auch erfahrenen GruppenleiterInnen neue Ideen und Impulse geben. Während der Schulung setzen wir uns sowohl theoretisch als auch praktisch mit den grundlegenden, für JugendgruppenleiterInnen bedeutsamen Themen auseinander. Dazu gehören u. a. Leitungsstile und Teamarbeit, Kommunikation, Motivation und Rechtsfragen.

Los geht's am **11.4. um 10 Uhr** im „Alsterblick“ des CVJM, An der Alster 40. **Weitere Termine: 13./20./27.4., 4./11./18.5.**, jeweils

von 18 bis 21 Uhr, sowie ein **gemeinsames Wochenende vom 7. bis 9.5.**

Die Teilnahmegebühr für alles inkl. Verpflegung beträgt 25 Euro für Mitglieder des CVJM und MitarbeiterInnen eines Trägers im Landesjugendring Hamburg. Für alle anderen kostet der Kurs 100 Euro (Vergünstigung nur nach Absprache). Infos und Anmeldung bei Gwen Schwethelm: Tel. 28 40 95 14, Email schwethelm@cvjm-hamburg.de. (CVJM Hamburg) ■



CVJM Jugendgruppe

Offen für alle – geschlossen gegen Rechtsextremismus

Die NPD veranstaltet einen Info-Stand in Blankenese, eine Lehrerin ist konfrontiert mit einem rechtsextrem orientierten Schüler, ein Trainer äußert sich rassistisch im Verein – das Thema Rechtsextremismus ist allgegenwärtig!



In Hamburg gibt es eine Zivilgesellschaft, die sich gegen Rechtsextremismus wehrt, von Stadtteilinitiativen über Antifagruppen bis zu breiten Bündnissen, in denen VertreterInnen der Kirchen, der Gewerkschaften und der Jugendverbände beteiligt sind. Doch nicht immer wissen die Betroffenen oben skizzierter und ähnlicher Vorkommnisse, was gegen die Aktivitäten der extremen Rechten unternommen werden kann, es mangelt an

Ressourcen oder Verbündeten, die Betroffenen sind verunsichert oder fühlen sich allein gelassen.

Das Mobile Beratungsteam Hamburg bietet deshalb kurzfristig, unbürokratisch und kostenlos Unterstützung gegen Rechtsextremismus. Egal, ob es um eine individuelle Fallberatung, Recherche, einen Vortrag, die Meldung rechtsextremer Vorfälle oder öffentliche Auftritte der Neo-Nazis geht – Kontakt wie eventuelle Beratung geschehen auf freiwilliger und vertraulicher Basis. Bei Bedarf können weitere ExpertInnen hinzugezogen werden.

Die MitarbeiterInnen des Beratungsteams stehen in Verbindung mit verschiedenen Initiativen und Institutionen, die im Bereich Engagement gegen den Rechtsextremismus aktiv sind. Hinweise und Anfragen nimmt die Koordinierungsstelle telefonisch unter 42 863-36 25 oder per Mail bnw-hamburg@lawaetz.de entgegen.

Das Mobile Beratungsteam Hamburg will zur Vernetzung und Kooperation der unterschiedlichen AkteureInnen beitragen, die sich



mit den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus beschäftigen. Auch zur allgemeinen Information oder für Veranstaltungen kann das Mobile Beratungsteam angesprochen werden. (Mobiles Beratungsteam) ■

Dr. Robert Wohlers & Co.
Buchhandlung und Antiquariat



Lange Reihe 68/70
Tel. 040 / 24 77 15
Dr.R.Wohlers@t-online.de
www.dr-wohlers.de

**PEDERSEN
OF
DENMARK**

*In Innenstadtmitte -
nur fünf Minuten vom Hauptbahnhof!*

Fahrradladen St. Georg

Schmilinskystr. 6 20099 Hamburg Tel.: 24 39 08

„ERFAHREN“ SIE DEN UNTERSCHIED

Die Arbeitsgruppe „Wohin geht St. Georg?“ der Sozialen und Pädagogischen Initiative St. Georg (SOPI) - ein Zusammenschluss von sozialen, pädagogischen, schulischen, kulturellen, gesundheitsorientierten Einrichtungen, dem Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. u.a., trifft sich seit über 20 Jahren einmal im Monat - stellt in loser Folge Artikel zu Themen zusammen, die thematisch in der SOPI an- und besprochen wurden.

Wider die guten Sitten.....

Junge Mädchen und Frauen auf den Straßen St. Georgs.

Ein Artikel in der taz hamburg vor über 20 Jahren beschreibt die Situation der Straßenprostitution in St. Georg und liest sich auch heute fast so, als wäre er aktuell. Minderjährige Mädchen waren auf dem Straßenstrich deutlich erkennbar. Die Boulevard Presse beschrieb die Situation mit der Überschrift „Babystrich St. Georg“. Die CDU nahm das zum Anlass, die Aufhebung der geschlossenen Heimunterbringung in Hamburg anzugreifen. Bereits damals war die Antwort der Stadt auf die Verhältnisse auf den Straßen St. Georgs die Verhängung von Bußgeldern auf Grundlage der in St. Georg verbotenen Straßenprostitution. Doch die Mädchen blieben und längst überfällige Themen wurden aufgegriffen und diskutiert Themen wie häusliche Gewalt gegen Frauen, sexualisierte Gewalt in den Familien, die schwarze Pädagogik in der Heimerziehung, die Illegalisierung von Heroin und Kokain machten die Runde. Mit dem Hinsehen kamen auch die Forderungen nach Angeboten, die sich an der Lebensrealität und den Problemlagen der betroffenen Menschen orientierten. Soziale Arbeit fing an, die Menschen da abzuholen, wo sie waren. Seitdem sind niedrigschwellige Angebote nicht nur in der Sozialarbeit bekannt und ein Ausdruck dafür, dass Menschen einfache Zugänge zu notwendigen Angeboten brauchen.

Das Thema der Zuhälterei ist Mitte der 80er Jahre hoch aktuell. Kaum eines der Mädchen, das nicht Kontakt zu einem Mann hat, für den sie „arbeitet“, und der sie dafür „liebt“. Tolle Klamotten, Geld und einen Freund, der gut aussieht, das sind die Lebensziele der Mädchen, wie im taz Artikel 1987 zu lesen ist. Es ist für viele Mädchen auch eine Befreiung aus Enge und Bevormundung. Mädchen im öffentlichen Raum, die anschaffen gehen wurden und werden nach wie vor als eine gesellschaftliche „Provokation“ gesehen. Diese „Provokation“ auszuhalten, fällt der Gesellschaft leichter, wenn die Mädchen zu Opfern der Verhältnisse erklärt werden. Sie werden auch heute noch nicht als selbständige Protagonistinnen mit Unterstützungsangeboten in ihrer Eigenständigkeit gefördert.

Erst Drogen, dann Prostitution ?

Illegale Drogen nahmen bei den jungen Frauen, die in diesen Jahren ins Cafe Sperrgebiet kamen, einen enorm großen Raum ein. Heroin, Kokain, danach Crack bestimmten den Lebensalltag der jungen Frauen und mussten durch die Prostitution finanziert werden. Die mit der Drogenabhängigkeit verbundenen gesundheitlichen und sozialen Folgeerscheinungen führten dazu, die Angebote im Cafe Sperrgebiet in Richtung Grundversorgung, Notfallhilfe etc. zu verschieben: Bevor eine andere Lebensperspektive in Sicht war, brauchte es Nahrung, Schlaf, eben die Erfüllung der Grundbedürfnisse, die jeden Menschen am Leben halten. In Fachdiskursen tauchte immer wieder die Frage auf, was zuerst da war: Die Droge oder die Prostitution?

In der praktischen Alltagsarbeit war die Droge das dominante Thema. Der erste Weg daraus führte immer über die Entgiftung. Das war recht schwierig. Es gab zu wenig



Plätze und zu lange Wartezeiten. Besser wurde es, als mit der Droge Crack die Sofortaufnahme der Mädchen in die Entgiftung möglich wurde und wir dank unserer Ärztin eine ausgesprochen gute Vernetzung mit den Kliniken hatten.

Die kreativen, begleitenden Angebote im offenen Bereich des Cafe Sperrgebiet waren von dieser Klientel gerne gesehen, konnten aber von den Mädchen und Frauen nicht richtig angenommen werden, weil ihre körperliche Verfassung einfach zu schlecht war. Behördenbegleitungen fanden ausgesprochen spontan statt und fielen ebenso oft aus, weil die Frauen nicht in der Lage waren, einen Ämtergang durchzustehen. Ausflüge waren gewünscht, aber aus den bereits genannten Gründen, war die aktive Teilnahme daran kaum möglich.

Vor diesem Hintergrund war die Prostitution stets im Kontext mit Drogenbeschaffung und den Folgen ein Thema und alle Bemühungen richteten sich darauf, die Mädchen und Frauen von der Droge abzubringen und nicht mehr Anschaffen zu gehen.

Welche Bedeutung Prostitution für die Mädchen und Frauen hatte und warum nicht alle Frauen damit aufhörten, wenn sie z.B. substituiert waren, konnten wir erst nach und nach wieder erkennen. Die viel gestellte Frage, was zuerst da war, Droge oder Prostitution wurde 2003 durch die Auswertung von Interviews von den Betrof-



fenen beantwortet. In den Interviews wurde sichtbar, dass Heroinkonsumentinnen der früheren Zeit ihre Drogen mit der Prostitution finanzierten, während die jungen Crackkonsumentinnen der jüngsten Zeit zuerst angeschafft hatten und erst dann mit den Drogen anfangen. Damit wurde auch klar, dass Prostitution im Verhältnis Drogen und Prostitution neu bestimmt und ein eigenständiges Thema sein muss.

Prostitution ist ein Langzeitthema

Die Mädchen, die trotz der Verdrängungsmaßnahmen und der Veränderungen im Stadtteil „nachkommen“, sind so unauffällig, dass sie sich kaum von anderen in ihrem Alter unterscheiden. Sie stehen nicht mehr auf der Straße, weil das der Polizei sofort auffallen würde. Sie kommen direkt in die Anlauf- und Beratungsstelle Sperrgebiet oder halten sich an anderen Orten in und außerhalb St. Georg auf. Für viele von ihnen ist die Hauptdroge Alkohol, dazu findet sich Cannabis, Extasy, manchmal auch Kokain oder Heroin vom Blech geraucht. Schmerz-, Beruhigungsmittel und auch Psychopharmaka kennen die meisten aus eigener Erfahrung.

Und es gibt auch sie wieder: Die älteren männlichen Freunde, Zuhälter, auch gerne als lover boys bezeichnet, die sich um sie kümmern. In die sich die Mädchen verlieben und dann auch schon mal eine Brustvergrößerung bekommen, die er bezahlt – danach muss sie die Kosten dafür abarbeiten! So entstandene Abhängigkeiten sind groß und da heraus zu kommen ist nicht einfach. Orte der Prostitution für diese jungen Frauen sind private Bereiche (besonders, wenn sie noch minderjährig sind) und geschlossene Bereiche, wie Sexkinos, Clubs, Wohnungen. Mit diesen Veränderungen ist der sogenannte „Babystrich“ in die gesamte Stadt gekommen. Drogenkonsumierende Mädchen und Frauen, die sich prostituieren, sieht man nach wie vor in den Straßen St. Georgs. Durch die Veränderungen im Stadtteil sind sie jedoch massiv verdrängt worden. Sie fallen kaum mehr auf.

Gründe dafür gibt es viele:

- ... Es gibt kaum noch Stundenhotels, Minderjährige können dort gar nicht mehr rein
- ... Das Drogenproblem ist an den Rand, bzw. in andere Stadtteile gedrängt
- ... Es gibt kaum noch einen Platz, an dem „Besonders auffällige Personen – BaP“ geduldet werden
- ... Die Polizei verhängt regelmäßig Bußgelder wegen Straßenprostitution
- ... Minderjährige werden von der Polizei

sofort aufgegriffen und dem zuständigen ASD gemeldet

... Es gibt keinen Wohnraum mehr für Menschen mit wenig Geld

... Die Sittenwidrigkeit ist mit dem Prostitutionsgesetz abgeschafft, danach ist die Altersschutzgrenze von 16 Jahren auf 18 Jahre (§182, Sexueller Missbrauch von Jugendlichen) heraufgesetzt worden
Die Heraufsetzung der Altersschutzgrenze auf 18 Jahre darf für Mädchen jedoch nicht dazu führen, dass sie von Beratungsangeboten für Prostituierte ausgeschlossen wer-

die Frauen eine tatsächliche Verbesserung ihrer Lebenssituation beinhalten.

Die Anlauf- und Beratungsstelle bleibt von Bedeutung, weil St. Georg zentral zu erreichen ist, weil viele Menschen hier anonym sein können und weil St. Georg Schmerz gewohnt ist und die Menschen hier mit den unterschiedlichsten Problemlagen Raum haben. Nicht zuletzt ist das Thema Prostitution hier immer noch sesshaft, auch wenn die Frauen und die Gewohnheiten wechseln.



den. Was nicht sein darf, sollte nicht dazu führen, dass sie es noch schwerer haben, wenn sie als Minderjährige anschaffen gehen. Nur mit Offenheit können diese Mädchen erreicht werden, bevor sie völlig ins Milieu eintauchen. Denn auch mit dem Prostitutionsgesetz hat die Stigmatisierung von Prostituierten nicht aufgehört. Besonders die weibliche Prostitution hat eine starke moralische Wertung. Sexarbeit als Form von Lohnarbeit wird nach wie vor als etwas Anderes / Fremdes konstruiert. Sachliche Aufklärung, z.B. im Rahmen von Berufsberatung bereits bei Jugendlichen wird als gefährlich, quasi als Einstiegsaufforderung in die Sexarbeit gesehen. Doch führen Verbote nicht zwangsläufig zum Erfolg und wenn Erfolg damit definiert ist, zu verhindern, dass junge Frauen in die Prostitution einsteigen, dann kann das besser mit einer guten Präventionsarbeit geschehen. Und wenn wir etwas gegen die sexuelle Ausbeutung tun wollen, dann hilft auch hier nicht Schweigen, denn Schweigen heißt hinnehmen. Dann brauchen wir attraktive und konkrete Angebote, die für

Entwicklung zur Eigenständigkeit

Unsere Angebote werden wieder vielfältiger. Wir gehen mit ihnen ins Kino, ermöglichen ihnen zu reiten, sie machen Erfahrungen in einem Hochseilgarten oder lernen die Ostsee kennen. Aber wir begleiten sie auch bei ihren ARGE Anträgen und unterstützen sie in ihren Rechten. Es geht immer darum, dass sie ihre persönlichen Möglichkeiten erweitern und ihren Weg in die Eigenständigkeit finden. Es gibt heute wieder eine Wohnung im Quartier für eine junge Frau, die damit die Möglichkeit hat, etwas Eigenes zu entwickeln. Weitere Wohnungen sind geplant, denn auch für diese Mädchen ist die zentrale Lage sehr attraktiv.

Anke Mohnert, Sperrgebiet
Rostocker Str. 4, 20099 Hamburg
Tel.:040 -24 66 24
mailto:mohnert@diakonie-hamburg.de
www.sperrgebiet-hamburg.de

Beschaffungsprostitution in St. Georg

Aktuelle stadtteilpolitische Entwicklungen und die Auswirkungen auf die Lebenssituation von drogengebrauchenden, sich prostituierenden Frauen

Der Stadtteil St. Georg ist von jeher durch Gegensätze geprägt – als Teil der Prostitution hat auch die Beschaffungsprostitution eine lange Geschichte in St. Georg und für Beschaffungsprostituierte ist der Stadtteil seit langem Lebens- und Arbeitsort. Wenn gleich ein vager, wissenschaftlich unzureichend definierter Begriff, wird unter Beschaffungsprostitution die Finanzierung des Drogenerwerbs mittels Sexarbeit verstanden. Dabei ergibt sich häufig ein „Teufelskreis“ für die betroffenen Frauen:

Fehlende finanzielle Mittel zur Drogenbeschaffung machen die Prostitution erforderlich und die Ausübung der Prostitution wiederum wird häufig durch den Drogeneinfluss erst erträglich. Erschwerend für die Lebenswelt der Frauen wirken sich gesetzliche Bestimmungen aus – St. Georg ist seit 1980 Sperrgebiet und die Prostitution als Ordnungswidrigkeit verboten.

In Verbindung mit der drogenpolitischen Gesetzgebung und daraus folgenden Illegalität der von den Frauen in der Beschaffungsprostitution konsumierten Substanzen ergibt sich eine Doppelstigmatisierung. Diese ist geprägt durch hohen Repressions- und polizeilichen Verfolgungsdruck. Aktuelle stadtteilpolitische Entwicklungen, die mit dem Begriff der Gentrifizierung verbunden sind, haben zudem einen erheblichen Einfluss auch auf die Lebenssituation der Frauen in der Beschaffungsprostitution: Die starke Veränderung des Stadtteils - ehemals war St. Georg eher unbeliebte Wohngegend – hin zu einem Szeneviertel ist u.a. gekennzeichnet durch Sanierung von Wohnraum und Mietpreissteigerungen. Dies bedingt die Neuansiedlung einkommensstarker Bevölkerungsgruppen mit deren Infrastruktur und im Gegenzug eine zunehmende Verdrängung der alteingesessenen Bevölkerungsgruppen, zu denen auch die Frauen in der Beschaffungsprostitution gehören. Insofern ergibt sich für die Lebensrealität der drogengebrauchenden, sich prostituierenden Frauen eine Situation im Stadtteil, die zunehmend von enormem Druck bestimmt ist. Da aber auch diese Bevölkerungsgruppe zum Stadtteil gehört

und ergo ein Recht auf ein menschenwürdiges Leben in St. Georg hat, sollen im Folgenden die komplexen Lebensumstände der Frauen in der Beschaffungsprostitution näher beschrieben und in einem zweiten Schritt an einem Fallbeispiel transparent gemacht werden.

Lebenswelt Beschaffungsprostitution

Die biographischen Hintergründe der Frauen in der Beschaffungsprostitution sind so vielfältig wie ihre Problemlagen. Grundsätzlich sind die Lebensumstände der Frauen als Armutproblematik zu beschreiben: Wohnungs- und Obdachlosigkeit, fehlende finanzielle Ressourcen, fehlendes legales Einkommen und fehlende Krankenversicherung sind nur einzelne Beispiele an denen sich diese Armut festmachen lässt.

Damit eng verbunden ist eine gesundheitlich instabile Verfassung: Ein Leben in Armut, Wohnungslosigkeit und Illegalität führt direkt zu einer extremen Verelendung der Frauen. Oftmals verkannt, stellt die Substanz der Droge eine relativ geringe Einflussgröße in diesem Prozess dar: vielmehr ist es vorrangig die Illegalität, die erhebliche negative Konsequenzen nach sich zieht: Die schlechte Qualität der konsumierten Stoffe ist bedingt durch den Schwarzmarkt und fehlende Qualitätskontrollen. Risiken wie chronische Erkrankungen – Hepatitis und HIV-Infektionen – ergeben sich nicht durch die Substanzen, sondern resultieren aus riskanten Konsumbedingungen.

Diesen riskanten Konsumbedingungen – wie gemeinsamer Spritzengebrauch, Konsum unter hygienisch problematischen Bedingungen, Konsum unter Verfolgungsdruck – kann wiederum nur durch den freien Zugang zu Konsumräumen und die damit verbundene Sicherstellung von sauberem Spritzbesteck wie auch Ruhe und Schutz – entgegengewirkt werden.

Der polizeiliche Druck und die derzeit in St. Georg zu beobachtende Zunahme der Repression und polizeilicher Kontrollen wirken sich gerade hinsichtlich des Zugangs zu den Konsumräumen in Hilfeeinrichtungen äußerst kontraproduktiv aus. Insofern verschärfen die aktuellen Entwicklungen im Stadtteil die Probleme der Frauen auch in gesundheitlicher Hinsicht und erhöhen dabei die Risiken von chronischer Erkrankung, Überdosis und Dro-

gentodesfällen.

Im Kontext des Drogenkonsums stellt die Sexarbeit die wichtigste Einnahmequelle der überwiegend mittellosen Frauen dar. Dabei ist der Arbeitsort der Frauen in der Beschaffungsprostitution in St. Georg der Straßenstrich. Auch hinsichtlich ihrer Arbeit sind die Frauen erheblichen Risiken ausgesetzt, die sich aus der Illegalität – bedingt durch Drogengesetzgebung und Sperrbezirksverordnung – ergeben: Polizeiliche Kontrollen führen gemäß der Sperrbezirksverordnung häufig zur Verhängung von Bußgeldern – aufgrund der Drogengesetzgebung zu Platzverweisen, Aufenthaltsverboten, Ingewahrsamnahmen bis hin zu Inhaftierungen.

Die Angst vor der Repression durch die Polizei führt dazu, dass sich die Frauen schneller auf riskante Wünsche der Freier einlassen – unsafe Sexualpraktiken, gewalttätige Übergriffe und Vergewaltigungen durch Freier sind Risiken der Arbeit der Frauen auf dem Straßenstrich. So ist das bestimmende Lebensgefühl der Frauen in der Beschaffungsprostitution die Angst: Angst, keine Drogen zu haben, Angst vor der Polizei, Angst vor übergriffigen Freiern. Und auch hier schließt sich die Spirale der Doppelstigmatisierung: Die wie oben beschrieben durch ihre Lebensumstände gesundheitlich belasteten Frauen riskieren aufgrund der Arbeitsbedingungen auf dem Straßenstrich im Sperrgebiet eine weitere Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes. Die vergleichsweise schlechte gesundheitliche Verfassung potenziert das Risiko von berufbedingten Erkrankungen wie STIs (sexuell übertragbare Infektionen).

Fiktiv und doch real – der Alltag

Der Alltag der drogengebrauchenden, sich prostituierenden Frau ist geprägt von dem Erwerb und Konsum der Droge, verbunden mit dem Druck, das Geld für diese verdienen zu müssen: Hieraus ergeben sich auch ihre Arbeitszeiten. Da viele Freier nachts unterwegs sind, ist die Nacht auch die Hauptarbeitszeit. Dies führt nicht selten dazu, dass die Frau kaum Schlaf findet. Wenn die Frau aufgrund von Wohnungslosigkeit keinen festen Schlafplatz hat und in Hilfeeinrichtungen, bei Freunden oder Freiern unterkommen muss, kann eine Nacht sehr lang werden. Daraus ergibt sich häufig, dass die Frau erschöpft in einem Hauseingang einschläft.

Ob sie nun im Warmen aufwacht oder nicht - nach mehreren Stunden Schlaf ist der Suchtdruck in der Regel enorm groß. Wenn kein Geld zum Erwerb der Drogen vorhanden ist, muss sich die Frau zwangsläufig auf die Suche nach einem Freier begeben. In entzücktem Zustand einen Freier zu suchen, stellt eine große Gefahr für die Frau dar. Der Suchtdruck überwiegt häufig das eigene Schutzgefühl und diese Zwangslage kann von Freiern ausgenutzt werden. Die Gefahr, zum Weglassen des Kondoms überredet, zu nicht vereinbarten Sexualpraktiken gezwungen oder Opfer von Gewalt zu werden, ist dabei immens groß. Außerdem ist die Frau grundsätzlich dem Risiko ausgesetzt, nicht den vereinbarten Preis oder gar keine Bezahlung für die Leistung zu erhalten.

Die Angst spielt also bei der täglichen Arbeit der Frau in der Beschaffungsprostitution eine große Rolle.

Durch die Sperrbezirksverordnung in St. Georg ist es häufig erschwert, überhaupt einen Kunden zu finden. Viele Freier meiden inzwischen das Viertel, denn auch sie werden polizeilich kontrolliert. Die Angst, dass die Familienangehörigen, Bekannten oder Freunde herausfinden könnten, wo sie sich aufhalten, ist bei nicht wenigen Freiern vorhanden. Auch der Ort „des Geschehens“ spielt eine entscheidende Rolle im Rahmen des Risikos, das eine Frau in der Beschaffungsprostitution eingeht: Es gibt in einigen Hotels in der Gegend die Möglichkeit, ein Zimmer stundenweise zu mieten. Die Bezahlung obliegt meist dem Freier und dies ist seinerseits nicht immer erwünscht: So ist dann nicht selten das Auto der Ort der Wahl auf dem Straßenstrich. Dies ist ein gefährlicher Arbeitsplatz für die Frau, denn wenn sie sich bedroht fühlt, ist eine Flucht aus der Situation nur schwer möglich. Die Frau ist stets dem Risiko ausgesetzt, dass der Freier an einen einsamen Ort fährt, an dem ihm die Frau schutzlos ausgeliefert ist. Wenn die Frau Geld verdient hat, ist das Ziel vorrangig der Erwerb der Droge:

In der Situation des Kaufs muss aufgrund der Illegalität alles schnell und unauffällig ablaufen und es bleibt keine Zeit für beispielsweise die Überprüfung der noch verpackten Substanz. Der Kauf von extrem gestreckten und/oder minderwertigen, immens gesundheitsschädlichen Substanzen ist häufig die Folge. So ist es auch jedes Mal wieder schwierig, die richtige Dosierung der Substanz zu finden. Das Risiko von Überdosierungen ist extrem hoch.

Wenn die Frau die Drogen erworben hat, stellt sich die Frage nach einem geschützten und sicheren Rahmen für den Konsum. Auf

der Straße besteht mit dem Stoff in der Tasche immer die Gefahr, von (Zivil-)Polizisten aufgegriffen zu werden. Das führt häufig dazu, dass die Frau mitgenommen, ein Platz- oder Aufenthaltsverbot erteilt oder ihr der gerade erworbene Stoff abgenommen wird. Daraus ergibt sich wiederum, dass der Weg zu einem geschützten, ruhigen Ort - wie einem Konsumraum - kurz und frei von Kontrollen sein sollte.

Ist die Polizeipräsenz hoch oder die Konsumräume haben geschlossen, kommt es zu dem äußerst riskanten Gebrauch der Drogen beispielsweise in Privatwohnungen oder Hauseingängen, wo keinerlei medizinische Hilfen zur Verfügung stehen. Wenn kein sauberes Spritzbesteck vorhanden ist, entsteht die Problematik des „needle sharing“ und es werden bereits benutzte Spritzen wiederverwendet. Dies bedeutet eine große gesundheitliche Gefahr für die Frau und birgt das Risiko, sich schlimmstenfalls mit HIV oder Hepatitis zu infizieren. In Konsumräumen hingegen werden frische Spritzen zum Konsum ausgegeben, Spritzen-tausch angeboten und medizinisch geschultes Personal ist anwesend, um genau diesem Risiko entgegenzuwirken.

Die täglichen Herausforderungen und der hohe Preis, der für Drogen bezahlt werden muss, führen häufig dazu, dass Ernährung, Ruhe und Schlaf für die Frau zu kurz kommen. Aus der Wechselwirkung von Konsum, unzulänglichen Hygienebedingungen im Konsumkontext sowie erschwerten Lebensbedingungen durch unregelmäßige Schlaf- und Essenszeiten resultiert die Gefahr der körperlichen Verelendung und Krankheit. Wenn die Frau nicht krankenversichert ist, so sind soziale Einrichtungen, die eine ärztliche Notversorgung gewährleisten, überlebenswichtig. Die Zeit sich im Rahmen einer Erkrankung zu erholen und

zu genesen, kann sich die Frau wiederum im seltensten Fall gestatten.

So wird letztendlich deutlich, dass das Leben der Frau in der Beschaffungsprostitution ein täglicher Überlebenskampf ist. In dem vorliegenden Artikel konnte u. a. gezeigt werden, dass die derzeitigen stadtteilpolitischen Entwicklungen eine zunehmende Verdrängung, Stigmatisierung und Verelendung der Frauen in der Beschaffungsprostitution zur Folge haben. Eine Politik der „Inneren Sicherheit“, die mittels Schaffung von Feindbildern an die alltäglichen Ängste der Bevölkerung appelliert, zeigt sich gesamtgesellschaftlich im Großen wie im Kleinen am Beispiel St. Georg. Diese Politik führt zu einer Entsolidarisierung und Vereinzelung des Individuums auch im Stadtteil St. Georg. Statt für die Verbesserung der Lebensbedingungen aller Bevölkerungsgruppen einzutreten, wird eine Politik gefördert, die auf wirtschaftliche Verwertbarkeit ausgerichtet ist. Insofern betrifft die derzeitige Stadtteilpolitik nicht nur „soziale Randgruppen“, sondern letztlich alle BürgerInnen in St. Georg. Wir treten daher ein für Akzeptanz, Anerkennung und ein menschwürdiges Leben in Vielfalt gegen Kriminalisierung, Ausgrenzung und Repression. ■

„Es scheint als hätten wir nicht nur ein Drogenproblem, sondern auch ein massives Drogenpolitikproblem, das nur wenige als solches begreifen: Glaubwürdigkeit, Vertrauen, Gleichbehandlung und Verbraucherschutz kann man von dieser „Kontrollkonstruktion“ nicht erwarten, eher Symbol- und willfährige Ausgrenzungspolitik“ (Stöver 2009). rag.

Stöver, Heino: Die Kosten der Prohibition. Sozial- und gesundheitspolitische Aspekte. In: Konturen. 2009



Dreifeldsporthalle für St. Georg

Zur Entstehung der Projektidee einer Dreifeldsporthalle für St. Georg

Die allermeisten St. GeorgerInnen erfreuen sich am Lohmühlenpark, der vor einigen Jahren unter Federführung von Prof. Hans Thalgot in der heute noch vorzufindenden Form umgestaltet wurde. Der zweite Abschnitt des Lohmühlenparks, die Verlängerung der Parklandschaft vom Steindamm bis zum Berliner Tor, ging 2009 in die Planungsphase.

In diesem Zusammenhang wurde von den Schulen, der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW), den Sportvereinen, dem Stadtteilbeirat und Privaten der akute Mangel an Sporthallen in St. Georg als Programmpunkt für den Berliner Tor-Grünzug eingebracht. Von den Planern des Parks, Prof. Hans Thalgot und arbo-Landschaftsarchitekten, wurde geprüft, ob in der Fläche des zukünftigen (erweiterten) Lohmühlenparks eine Sporthalle untergebracht werden kann. Der zur Verfügung stehende Raum lässt an einer Stelle den Bau einer Einfeldsporthalle zu, ohne dass der Park dadurch eingeengt würde. Allerdings genügt das nicht, um den Mangel an Sporthallenflächen auszugleichen. Deswegen wurde untersucht ob unab-

hängig vom Parkprojekt in der Nachbarschaft eine Alternative aufgezeigt werden kann, insbesondere auf dem Gelände der Klosterschule, die besonders unter dem Mangel an Sporthallenfläche leidet. Dieses Grundstück erlaubt in der Tat den Bau einer Dreifeldsporthalle, womit der bisher bekannte Bedarf im Stadtteil abgedeckt werden könnte.

Im März 2009 stellte Prof. Thalgot dem Direktorium der Klosterschule einen baulichen Konzeptentwurf vor, den er anschließend, zusammen mit einer überschlägigen Kostenschätzung der Lehrerkonferenz, dem Elternrat, dem Denkmalschutzamt, dem Stadtteilbeirat und im Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung den TÖBs (Schulbehörde, Direktorium Klosterschule, Elternrat, Sportamt, Sportinitiativen u.a.) vorgestellt hat. Das Konzept wurde sehr begrüßt und es wurde gefordert, eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben, um eine Klärung der baulichen, stadtplanerischen Aspekte, des finanziellen Aufwandes und der Finanzierungsmöglichkeiten bzw. Trägerschaften herbeizuführen.

Im Vorfeld ist im Juli 2009 vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung eine Bedarfs-

abfrage veranlasst worden, die von der Schulbehörde und den Vereinen/Sportinitiativen, vertreten durch Frau Ursula Frerich (s. Titelbericht im letzten „Lachenden Drachen“), im August 2009 beantwortet wurde. Daraus ergab sich sehr eindeutig der Bedarf für eine Dreifeldsporthalle, die sowohl von der Klosterschule wie auch von den Stadtteilgruppen in Anspruch genommen werden kann. Es war verabredet, im Anschluss an diese Bedarfabfrage gleich im September 2009 eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben. Erst am 16. Februar 2010, also ein halbes Jahr später, hat der bezirkliche WS-Ausschuss beschlossen, genau drei Büros mit einer Dreifeldhallen-Machbarkeitsstudie zu beauftragen. Denn nur diese macht angesichts der Bedarfe, aber auch der Nutzbarkeit für bestimmte Spiele und Turniere etc. Sinn. Doch auch eine Zweifeldsporthalle - obzwar zu klein und nicht effektiv genug - soll auf ihre Machbarkeit hin geprüft werden. Nach Aussagen verschiedener Beteiligter wird das zwar als überflüssig eingeschätzt, aber offenbar verbirgt sich dahinter irgendein finanziell-taktisches Kalkül des Bezirks. Nun denn! ■

Planungen zur Umsetzung der Schulreform laufen weiter!

Kürzlich sind die Verhandlungen zwischen der Schulbehörde und der Elbvorort-Initiative „wir wollen lernen“ (wwl) gescheitert. Das ständige Nachfordern der wwl-Vertreter hat diese Initiatoren des Bürgerbegehrens als reine Klientelpolitiker entlarvt. Stand zum Beispiel am Anfang der Verhandlungen das Elternwahlrecht noch ganz vorne in der Argumentation der wwl, so heißt es jetzt auf einmal, ein reines Elternwahlrecht sei ja doch nicht so gut, da es die gymnasialen Strukturen zerstöre.

Hier geht es also nur noch darum, dass man unter sich bleibt, dass die Kinder bloß nicht zusammen mit Kindern anderer sozialer Herkunft allzu lange unterrichtet werden.

Die in der letzten Zeit kursierenden „Kompromissvorschläge“ wie zum Beispiel ein teilweises Einführen der Primarschule hätte zu einem völligen Scheitern des Konzepts Pri-

marische führen müssen. Wenn nur ein Teil der SchülerInnen nach Klasse 4 zusammen bliebe, wäre der Misserfolg vorprogrammiert. Da erscheint die von wwl geforderte Evaluation dieses Scheiterns geradezu als zynisch.

Der jetzt wahrscheinlich bevorstehende Volksentscheid ist für viele Beteiligte eine Erleichterung, steht doch jetzt wieder das nur leicht veränderte, ursprüngliche Schulkonzept zur Debatte. Schulleitung und große Teile des Elternrates der Heinrich Wolgast Schule sind sich einig, dass die Primarschule nach St. Georg kommen muss. Schulleiterin Frau Demmin: „An der jetzigen Planung wird nichts geändert...“ Die Elternschaft unterstützt die Schule in dieser Entwicklung.

Im Sommer kommen dann bei der Volksabstimmung endlich alle Interessierten „zu Wort“ und es wird sich zeigen, dass die Mehrheit nicht für eine soziale Entmischung nach

vier Jahren Grundschule, sondern für ein längeres gemeinsames Lernen eintritt. (Johannes Landwehr) ■



Betrifft: Primarschule

Am 12. 2. hatte die Schulsenatorin alle SchulleiterInnen zu einem Info-Treffen eingeladen. Sie schilderte noch einmal den Verlauf und das Scheitern der Verhandlungen aus ihrer Sicht. Die Perspektive Volksentscheid war für die meisten der Anwesenden eine Erleichterung und sie sind guten Mutes, dass dieser

bei entsprechender Aufklärung und Einführung eines Elternwahlrechts fürs Gymnasium sowie Abkoppelung der Hortfrage zu gewinnen sei. An der jetzigen Planung wird nichts geändert, d.h. wir entwickeln Raumkonzepte, das schulinterne Curriculum und den Kontingenzstundenplan wie gefordert. Die Senato-

rin erhielt am Ende ihrer Ausführungen minutenlangen Applaus – so etwas habe ich noch nie erlebt! Ich persönlich werde alles mir mögliche tun, um die Primarschule (PS) zu erhalten! In der Hoffnung, dass alles gut geht, Ihre Petra Demmin. ■

Scharfe Kerne und vieles mehr in der Langen Reihe

Herausforderungen beherzt annehmen – das ist das Motto der Geschwister Andrea und Martin Scheib. Im August vergangenen Jahres haben sie den alteingesessenen Naturspeiseland von Rüdiger Foldt übernommen und tatkräftig renoviert. Martin Scheib war dort vorher acht Jahre lang als Angestellter tätig. Der Einstieg war nicht leicht, doch seit kurzem geht die Entwicklung des Geschäfts langsam bergauf, der Anteil an StammkundInnen wächst. Diese sind wichtig, denn die veränderte Geschäftswelt in der Langen

Reihe, auch durch den Wegzug von 1000Töpfe, wirkt sich auf die Käuferschaft aus. Menschen, die früher regelmäßig in die Lange Reihe zum Einkaufen kamen, bleiben nun weg, da sie nicht mehr ihre besonderen Läden, sondern nur noch Cafés und Restaurants vorfinden. Doch den Geschwistern gelingt es, alte und neue KundInnen mit ihrer besonderen Produktpalette zu begeistern. Neben einem täglich wechselnden Angebot von frischen Snacks, Suppen, selbstgebackenen Kuchen und Keksen findet man in „Mar-

tins Bioparadies“ auch verschiedene selbst gemischte und frisch geröstete Müslis sowie 70 verschiedene Tee-Sorten! Außerdem probierenwert: scharfe Kerne, kandierter Ingwer, Trockenfrüchte, das frisch gebackene Holzbackofenbrot aus Natursauerteig (sehr lecker!) sowie eine Honigbar mit mindestens 20 verschiedenen Honigsorten von Raps bis Urwald. Naschen unbedingt erwünscht! (I.B.) „Martins Bioparadies“, Mo bis Fr 10 bis 20 Uhr, Sa 9 bis 17 Uhr ■

Bezug des Brandhauses

Am 1. März 2005 brannte das Gebäude Lange Reihe 57, vorsätzliche Brandstiftung vertrieb damals die MieterInnen, teilweise noch portugiesische BewohnerInnen aus der Anwerbegeneration. Trotz klarer Beschlusslage des Stadtteilbeirats, das sanierungsfähige Haus wieder herzurichten und die Wohnungen den bisherigen MieterInnen zu den alten Konditionen anzubieten, haben sich Investor und Bezirk bekanntlich auf einen anderen Weg geeinigt: Die Bezirksparteien SPD, GAL und CDU stimmten dem Abriss und damit

der Vernichtung günstiger Mietwohnungen zu und akzeptierten den Neubau eines Hauses mit teuren Eigentumswohnungen. Nicht zu vergessen, dass auf Betreiben der GAL die Fassade erhalten blieb. Aber dahinter? In diesen Wochen wird der Neubau nun bezogen. An Stelle der beiden früheren, im Erdgeschoss untergebrachten, sehr geschätzten Läden (der kleine Käseladen sowie das – inzwischen weiter vorne in der Langen Reihe – neu eröffnete portugiesische Café) werden wir zwei Modeläden bekom-

men. „Marc O’Polo“ aus Schweden wird auf gut 170 qm seine „Young Fashion-Marke“ präsentieren, daneben eröffnet demnächst auf ca. 80 qm das hamburgische Modeunternehmen Werkhaus. Der Brandgeruch soll inzwischen vollständig verweht sein. Wie es sich damit bei den 42 anderen, von der Polizei zwischen 2004 und 2008 in St. Georg eindeutig als Brandstiftungen klassifizierten Vorkommnissen verhält, war bis zum Redaktionsschluss nicht eindeutig zu klären. ■

Noch ‘ne Art Hotel

Als wenn wir nicht schon genug Hotels und Pensionen hätten (darunter das gerade ausgezeichnete mit dem wirklich einfaltsreichen Namen „The George“), immerhin 50 % aller Bettenkapazitäten lasten bereits auf unserem kleinen St. Georg, genehmigt der Bezirk immer noch eines und noch eines. Nach dem „Motel One“ am Steindamm (Deutschlands größter Motellabsteige) und dem einen oder anderen kleineren hat der zuständige Ausschuss Anfang Februar auch einer „Nutzungsänderung“ des Klockmann-Hauses (Steintorplatz 3) zugestimmt. Hier entsteht zur Abwechslung mal eine Jugendherberge, wofür zusätzlich Gebäude am Steintorplatz 1,

5 und 7 abgerissen werden sollen. Es handelt sich zwar nicht um ein weiteres Edel-Hotel, aber der immer weiter zunehmende Strom von TouristInnen, ob Jung oder Alt, wird den Druck auf das Nahversorgungsgewerbe und die Mieterschaft weiter erhöhen. Nebenbei sei die Frage gestellt, warum die Stadt nicht einer sinnigeren Nutzung für das Klockmann-Haus zugestimmt hat? Wie viel Geld hätten wir SteuerzahlerInnen beispielsweise dadurch einsparen können, wenn das Bezirksamt Mitte vom Klosterwall an den Steintorplatz gezogen wäre, statt demnächst in die Hafencity? Alleine für die Mietkosten wird das Bezirksamt an „exquisiter Lage“ zukünftig drei

Mio. Euro pro Jahr mehr zahlen müssen, von den Umzugskosten ganz abgesehen. Da wäre das Klockmann-Haus doch von anderer Güte, Zentralität und zu einem Bruchteil zu haben gewesen. ■



Aufwühlend. Mitreißend. Unvergesslich.
NUR NOCH BIS 31.07.2010
 DANN MÜSSEN WIR GEHEN
 www.maxundconsorten.de • 040 - 24 56 17



Baugrube am ehemaligen „Horrorhaus“

Das ist doch die Höhe!

Regen Sie sich nicht auf: Eine Mieterhöhung ist nur mit einer guten Begründung und innerhalb gewisser Grenzen wirksam. M+M steht Ihnen mit professioneller Beratung zur Seite – aktive Unterstützung, die viel Ärger und Kosten sparen kann.

M+M Hamburger Mieterverein e.V.
 Bartelsstr. 30
 20357 Hamburg
MIETER HELFEN MIETERN

WENN ES UM IHRE INTERESSEN GEHT, SIND WIR DABEI!
Telefon 431 39 40
www.mhmhamburg.de

Jetzt geht's los

Gut 2300 Unterschriften hatte der Einwohnerverein unter der Unterschriftenliste „Gegen die Zerstörung der sozialen Strukturen in St. Georg“ bis Ende 2009 gesammelt. Am 2.12.2009 hatten wir allen Bürgerchaftsparteien jeweils einen dicken Stapel der kopierten Unterschriftenlisten zugesandt, der Erste Bürgermeister bekam sogar die Originale. Wir hatten die CDU und die GAL, die SPD und die LINKE zugleich um eine schriftliche Reaktion gebeten, die von den Parteien dann teilweise erst nach wiederholtem Nachfragen, von Herrn v. Beust überhaupt nicht einging. Wir drucken die Statements nachfolgend ab.

Darüber gab sich der Einwohnerverein am 3. Februar die Ehre, Vertreter der vier Bürgerchaftsparteien auf einer Podiumsdiskussion zu begrüßen. Der Gemeindesaal war mit 40 TeilnehmerInnen einigermaßen gut gefüllt. Position bezogen an diesem Abend die vier Abgeordneten, von denen auch die nachfolgenden Statements stammen: Jörg Hamann (CDU) und Farid Müller (GAL) für die Senatsparteien sowie Andy Grote (SPD) und Joachim Bischoff (DIE LINKE) für die Opposition. Eingangs wurde zunächst noch einmal die Entwicklung St. Georgs in den vergangenen Jahren geschildert, die durch Aufwertung, Verdrängung und Gentrifizierung oft genug beschrieben worden ist. Alle vier Parteienvertreter ließen sich dann auf die in der Unterschriftensammlung erhobenen Forderungen ein, wobei alle durch die Bank hervorhoben, dass man in der Analyse wie auch beim Forderungspaket weitgehend mit dem Einwohnerverein einig sei. Wer die Stadtteilpolitik ein bisschen länger kennt, und das gilt gerade auch für die Mitglieder des Einwohnervereins, dem werden an diesem Abend die Ohren geklingelt haben. Alles war einer Meinung, alle waren sich einig, es müsse was geschehen, und alle verwiesen dabei auf einen im Dezember 2009 eingereichten Antrag anlässlich einer Debatte der Bürgerchaft zum Komplex Gentrifizierung. Zueinem guten Teil drehte sich die abendliche Diskussion um die Soziale Erhaltungsverordnung, die der Stadtteilbeirat auf Antrag des Einwohnervereins erstmals 1999 einge-

fordert hatte (damals wie im Grunde auch heute einzig gegen die Stimmen des Grund- und Hauseigentümergeverbandes und des Bürgervereins).

Ein einziges Mal vergaloppierten sich dabei Hamann und Grote, als es länger darum ging, dass im Jahre 2002 ein von der Stadtentwicklungsbehörde in Auftrag gegebenes Gutachten eindeutig eine Soziale Erhaltungsverordnung mit möglichst großem Zuschnitt für ganz St. Georg empfahl. Die damalige Bezirkskoalition aus CDU und SPD hatte eine solche Verordnung rundheraus abgelehnt. Grote im O-Ton: „Das damalige Gutachten war unklar.“ Nachdem der Versammlungsleiter aus dem ganz im Gegenteil dazu sehr klar formulierten Gutachten zitiert hatte, ruderten die beiden zurück und bekannten, das Papier nie wirklich gelesen zu haben. Aber das sei Vergangenheit, man müsse über das heute und Morgen sprechen. Völlig okay, aber es kann nicht oft genug wiederholt werden: Hätte die damalige CDU-SPD-Bezirkskoalition für eine solche Verordnung votiert, dann wären Hunderte Mietwohnungen nicht (so ohne weiteres) in teilweise sehr hochpreisige Eigentumswohnungen umgewandelt worden.

Diese Erkenntnis bleibt wichtig, weil man beim Bezirksamtsleiter Schreiber – er war es 2002, er ist es 2010 – neuerdings den Eindruck hat, er sei der Vorkämpfer gegen die Yuppisierung. 2002 hat er sich dafür ins Zeug gelegt, dass genau dieser Klientel alle Türen aufgestoßen werden!

Positiv könnte man in Auswertung der Veranstaltung, ja, in gewisser Hinsicht nach einem Jahrzehnt des Ringens um eine solche Erhaltungsverordnung samt Umwandlungsverordnung sagen: Wir haben's geschafft. Plötzlich wollen alle Parteien etwas gegen die Umwandlungswelle und die Mietenexplosion machen, möchten alle unsere kleinen Läden schützen und sind alle für Erhaltungsverordnungen.

Nach zehn Jahren des Kampfes um die Anerkennung und langsame Durchsetzung dieser Forderungen (von der Realisierung sind wir auch jetzt noch ein ganzes Stück entfernt) können wir ein wenig ermüdet, aber auch

stolz zurückblicken. Aber auch ein wenig irritiert, dass es jetzt wieder keiner gewesen sein will, der für die Fehlentwicklungen verantwortlich ist. Nichtsdestoweniger, die Auseinandersetzung geht weiter, denn bar aller Äußerungen werden noch immer Mietwohnungen umgewandelt, schließen auch noch nach und nach die (vor-)letzten kleinen Läden, ziehen Menschen weg, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen können. Die Praxis zählt, nicht die vollmundigen Ankündigungen!

Fortsetzung nächste Seite ••••••••••

LINDENBAZAR
Handels GmbH

**„IHR MULTIKULTURELLER
EINKAUFMARKT
IN DER LINDENSTRASSE“**

**WIR STEHEN IHNEN JEDEN
TAG MIT FRISCHEM
OBST & GEMÜSE
FLEISCH UND MIT MEDITERRANEN
KÖSTLICHKEITEN ZUR
VERFÜGUNG....**

Da macht Einkaufen
noch richtig Spaß...

ÖFFNUNGSZEITEN
MO-FR 08:00-20:00
SAMSTAG 08:00-16:00

LINDENSTRASSE 41 - 20099 HAMBURG
TEL.: (0 40) 28 05 22 13 - FAX: (0 40) 28 05 22 15
www.lindenbazar.de

DIE LINKE.

Stadtteilgruppe St. Georg



**Bernhard
Stietz-Leipnitz**

Mitglied der
Bezirks-
versammlung
Hamburg Mitte

**Sprechstunde jeden
dritten Mittwoch im Monat
von 16 bis 17:30 Uhr
im Stadtteilbüro/GW
Hansaplatz 9**

Mail: stietz-leipnitz@t-online.de
Telefon 24 57 40

Manfred Alex

Rechtsanwalt

Dorothea Goergens

Rechtsanwältin und
Fachanwältin für Arbeitsrecht

Cornelia Theel

Rechtsanwältin und
Fachanwältin für Familienrecht

**Tätigkeitsschwerpunkte: Familienrecht,
Allgemeines Vertragsrecht, Erbrecht, Mietrecht,
Arbeitsrecht, Verkehrsrecht, Werkvertragsrecht**

**Koppel 78 • 20099 Hamburg–St. Georg
Fax 2 80 18 06 • Tel. (0 40) 24 98 36**

KUNTZSTÜCK!
ANNETTE KUTZ • SCHMUCK

SCHMUCKDESIGN

ANFERTIGUNGEN GOLDSCHMIEDEKURSE

ANNETTE KUTZ • KOPPEL 94 • 20099 HAMBURG
FON + FAX 040-28051991 • www.kuntzstueck.de
GEÖFFNET MO-FR 15-18 UHR + NACH VEREINBARUNG

..... Fortsetzung von Seite 12

Christlich-Demokratische Union (CDU), Bürgerschaftsfraktion:

„Zu Ihrem Aufruf ‚Gegen die Zerstörung der sozialen Strukturen in St. Georg‘ möchte ich gerne Stellung nehmen. St. Georg gehört zu den schönsten, interessantesten und lebendigsten Stadtteilen in Hamburg. Gerade die bisherige Mischung der Bewohnerschaft und Gewerbetreibenden hat die besondere Attraktivität dieses Stadtteils ausgemacht. Es ist auch aus Sicht der CDU richtig, dass St. Georg Gegenstand einer in Hamburg beiseitspielslosen Spekulationswelle ist. Um dieser Entwicklung zu begegnen haben CDU und GAL in der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig und mit Unterstützung der übrigen Fraktionen das ‚Hamburger Konzept‘ verabschiedet. Inhaltlich geht es um die ‚Stadtentwicklung mit Weitsicht‘, Quartierstrukturen wie in Hamburg-St. Georg sollen erhalten und gestärkt werden. Dazu gibt es verschiedene Maßnahmen, wie beispielsweise: der Erlass von sozialen Erhaltungsverordnungen, die Ausübung des städtischen Vorkaufsrechts bei Grundstückverkäufen, um diese sozialverträglich zu entwickeln, die Übertragung von Treuhandeigentum aus Sanierungsgebieten vornehmlich an nicht primär gewinnorientierte öffentliche Gesellschaften, Stiftungen und Mietergenossenschaften. Zudem verstärkter Mietwohnungsbau sowie die Gründung von Mietergenossenschaften und Baugemeinschaften, eine Zusammenarbeit mit den Mietervereinen, eine besondere Unterstützung der Gewerbetreibenden und flankierend dazu die Prüfung zusätzlicher Gesetzesänderungen auf Bundesebene. Dieses Maßnahmenpaket ist bundesweit einmalig. Der Senat sowie die Fraktionen von CDU und GAL drängen auf eine rasche Umsetzung. Auch wir wollen, dass St. Georg sein besonderes Flair erhalten bleibt!“
 Jörg Hamann, MdHB

Grün-Alternative Liste (GAL), Bürgerschaftsfraktion:

„Vielen Dank für die vielen Unterschriften gegen eine Verdrängung von Menschen in St. Georg. Wir haben großen Respekt vor diesem Engagement und sehen dies auch als Ausdruck einer großen Verunsicherung und Angst. Gerne möchten wir stellvertretend für die GAL-Bürgerschaftsfraktion auf Ihr Schreiben vom 2.12.2009 wie folgt antworten:
 Die Hamburgische Bürgerschaft hat am 9.12.2009 auf unseren Vorschlag in einem Antrag eine Prüfung umfangreicher Maßnahmen zum Schutz von Quartieren mit Aufwertungsdruck beschlossen, darunter u.a. den Erlass einer Sozialen Erhaltungssatzung, die bereits von unseren Kollegen in der Bezirksversammlung mit einer erforderliche Voruntersuchungen für St. Georg angeschoben wurde. Ein Schutz vor Mieterhöhungen im gewerblichen Bereich hat zurzeit keine gesetzliche Grundlage im Bund und kann daher so nicht verhindert werden. Die zuständige Bezirksverwaltung in Mitte könnte ggfs. bei der Suche nach nahegelegenen Ersatzflächen behilflich sein. Auch wir sehen mit großer Sorge, dass rabiate Entmietungsversuche in der Tat immer wieder mehr vorkommen, der konkrete Schutz in dieser Frage ist allerdings Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden. Wir sehen es sehr wohl als Aufgabe der Politik an, jenen Menschen zu helfen, denen wegen Aufwertungsdruck (Mieterhöhungen) der Verlust ihrer Wohnungen droht. Aufgabe der Stadtentwicklungspolitik ist es nicht, Veränderungen und Entwicklungen zu verhindern. Es kann weder gewünscht sein noch ist es leistbar, z.B. das altersmäßige ‚Aufwachsen‘ eines Quartiers zu beeinflussen, dies spricht für gewachsene Strukturen. Kulturelle Einrichtungen sind abhängig von privater Initiative und können und sollen nicht von der Politik aus geschmacklichen Gründen beeinflusst werden. Günstiger Wohnraum in attraktiven Lagen bleibt nur so lange günstig, wie kein Mieterwechsel stattfindet. Bei jeder Neuvermietung ist bei großer Nachfrage ein Preisanstieg zwangsläufig. Alle anderen Annahmen oder Forderungen in dieser Hinsicht sind leider nicht realistisch.
 Wir Grüne setzen uns aber dafür ein, dass gerade in den aufwertungsbedrohten Stadtteilen, eine staatlich geförderte Wohnungspolitik aktiv angegangen wird, damit der Druck auf die Mieten zusätzlich zur Sozialen Erhaltensordnung gemindert wird.“
 Horst Becker, MdHB, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher, Farid Müller
 MdHB, Wahlkreisabgeordneter Hamburg-Mitte

Fortsetzung Seite 14

Fit in den Frühling

Der Hamburger Sportbund (HSB) startet wieder die Kampagne „7 Wochen mit“ – und in diesem Jahr ist der **SV Vorwärts St. Georg** dabei. So kann man statt Verzicht in der Fastenzeit neue Gesundheitssportangebote ausprobieren. Zur Auswahl stehen zum Beispiel Wirbelsäulengymnastik, Qigong, Fitness

und Aerobic, Meeting & Movement, Pilates oder Feldenkrais. Für Vereinsmitglieder sind die Angebote kostenlos, EinsteigerInnen zahlen für das 7-Wochen-Gesundheitsticket nur 27 Euro und können dafür alle Angebote mitmachen und testen. Die Aktion startet sofort, einsteigen kann man jederzeit bis Ostern,

gültig ist das Gesundheitsticket ab Ausgabedatum insgesamt sieben Wochen lang. Weitere Infos bei Hartmut Griesbach (Tel. 63 60 78 46, Email hartmut.griesbach@t-online.de) oder bei Kirsten Khaschei (Tel. 28 05 37 01) sowie unter www.sv-vorwaerts-st-georg.de und www.gesundheitssport-hamburg.de.



„Der flotte Schotte“
 JOHN MCLELLAN
 RENOVIERUNGSARBEITEN
 FUSSBODENARBEITEN
 RIGIPSARBEITEN
 ALLER ART
 ELLMENREICHSTRASSE 28 • D-20099 HAMBURG
 MOBILE: 0171 / 6 85 59 74



WEINKAUF ST.GEORG
Weine und Feines
 Nudeln, Espresso, Gewürze und Senf, Gebäck, Schoko
 über 20 Sorten Öle und Essige
 Lange Reihe 73 • 20099 Hamburg • Tel./Fax.: 040/280 33 87
www.weinkauf-st-georg.de

..... Fortsetzung von Seite 13

DIE LINKE, Bürgerschaftsfraktion:

„Wir bedanken uns für die Zusendung der Unterschriftenlisten sowie für das besondere Engagement des Einwohnerversins. Ihr Protest ist bei uns angekommen und wird von der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE unterstützt. Ich versichere Ihnen, dass die angeführten Forderungen nicht nur von uns aufgenommen werden, sondern auch für die Durchsetzung einer sozialeren Stadtentwicklungspolitik in Hamburg eine hilfreiche Unterstützung für die parlamentarische Arbeit darstellen. Der von uns am heutigen Tag in die Bürgerschaft eingereichte Antrag „Aufwertung und Verdrängung in den Quartieren stoppen“ nimmt Ihre Forderungen auf und konkretisiert diese.

Als Opposition sehen wir unsere Aufgabe darin, die wachsenden Widerstandsbewegung in der Stadt gegen die Veräußerung öffentlicher Flächen, Mietsteigerungen und Umwandlung in Eigentum mittels unserer Arbeit im Parlament zu unterstützen. Für die innerstädtischen Wohnlagen, die besonders unter der genannten Problematik zu leiden haben, fordern wir die schnellstmögliche Umsetzung von Sozialen Erhaltungsverordnungen in Verbindung mit Umwandlungsverordnungen. Gleichwohl ist dies nur als ein Baustein zu sehen, der die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen bremst, jedoch nicht die Mietsteigerungen aufhalten kann. Hier bedarf es eines erweiterten, vielschichtiges Instrumentariums und des langen Atems, dies immer wieder einzufordern.“

Dr. Joachim Bischoff, MdHB, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher und Wahlkreisabgeordneter Hamburg-Mitte

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Bürgerschaftsfraktion:

„Als SPD teilen wir die Befürchtungen und Kritik hinsichtlich der Entwicklung des Stadtteils St. Georg und unterstützen die mit der Unterschriftensammlung erhobenen Forderungen. Die Veränderungs- und Aufwertungsprozesse, wie sie in St. Georg, aber beispielsweise auch auf St. Pauli und in Ottensen zu beobachten sind, betreffen viele der alteingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch Gewerbetreibende.

Um die für St. Georg typische Mischung der Bevölkerung zu erhalten und die gewachsene Gewerbestruktur besser zu schützen, muss politisch gegengesteuert werden. Die SPD hat deshalb im Bezirk Hamburg-Mitte gemeinsam mit der GAL und gegen die Stimmen der CDU eine Soziale Erhaltungsverordnung für St. Georg auf den Weg gebracht. Das positive Ergebnis der Vorprüfung im Bezirk wurde inzwischen an die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt weiter geleitet, die dem Vorschlag voraussichtlich zustimmen wird.

Neben dem Erlass einer Sozialen Erhaltungsverordnung muss aber noch mehr getan werden, um der ‚Gentrifizierung‘ in Stadtteilen wie St. Georg wirksam zu begegnen. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat deshalb bereits im November letzten Jahres unter dem Titel ‚Schutzschirm gegen Verdrängung‘ ein umfassendes Maßnahmenpaket in die Bürgerschaft eingebracht.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehört aus unserer Sicht neuer öffentlich geförderter Wohnungsbau, eine verantwortliche Mietpolitik der SAGA und der gezielte Einsatz städtischer Grundstücke und Immobilien zum Schutz lokaler Gewerbe- und Sozialstrukturen.

Unser Antrag ‚Schutzschirm gegen Verdrängung‘ wurde in den Stadtentwicklungsausschuss überwiesen und hat dort dazu geführt, dass in Kürze eine Sachverständigenanhörung zum Thema Aufwertung/Verdrängung durchgeführt werden wird. Wir hoffen, dies wird im Ergebnis dazu führen, dass zumindest Teile unserer Forderungen vom Senat aufgegriffen werden und zu einem Gegensteuern bei der Entwicklung in St. Georg beitragen können.“

Andy Grote, MdHB, Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Wohnlagenverzeichnis erneut geändert!

Am 23. November 2009 stellte Stadtentwicklungssenatorin Hajduk den neuen „Mietenspiegel 2009“ vor. Über die Frage, ob dieser nicht inzwischen vorrangig eine mietpreistreibende Funktion hat, wird nicht nur im Netzwerk Recht auf Stadt diskutiert. Für uns in St. Georg ist allerdings auch der Blick in das Wohnlagenverzeichnis wichtig, wie die Konflikte um den Mietenspiegel 2005 gezeigt haben. Damals konnten wir durch massiven politischen und juristischen Widerstand erreichen, dass einige klammheimlich vorgenommene Hochgruppierungen von der „normalen“ in die „gute“ Wohnlage letztlich im Mietenspiegel 2007 ebenso verschämt wieder zurückgedreht werden mussten.

Im neuen Mietenspiegel 2009 sind nun erneut insgesamt sechs Straßen in Hamburg von der normalen in die gute Wohnlage „angehoben“ worden, was je nach Wohnungstypus monatliche Mietunterschiede von 50 bis 100 Euro ausmacht, also keine Bagatelle ist. Im November 2009 hat die

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) auch die St. Georgstraße 1 bis 23 und 4 bis 10 in die gute Wohnlage hochkatapultiert, ohne dass es dafür unseres Erachtens eine Berechtigung gibt.

Einem interfraktionellen Antrag der SPD-GAL-Mitte-Koalition folgend, hat auch der Stadtteilbeirat auf seiner Sitzung am 23. Februar die Rücknahme der Hochgruppierung gefordert.

Auch deswegen, weil wir uns seit mehr als einem Jahr in einem Prüfungsverfahren befinden, ob eine Soziale Erhaltungsverordnung für St. Georg sinnvoll ist. Und es ist natürlich ein

Unding, in einem laufenden Verfahren von städtischer Seite die Rahmenbedingungen zu verändern. Also, Frau Hajduk, nehmen Sie umgehend die „Aufwertungen“ der betreffenden Häuser in der St. Georgstraße aus dem Mietenspiegel 2009 wieder heraus! ■



Gebäude an der Langen Reihe

Sommer, Sonne und Mehr

Der Christliche Verein Junger Menschen (CVJM) Hamburg mit Sitz An der Alster 40 veranstaltet als anerkannter Träger der Jugendhilfe seit Jahrzehnten in den Sommerferien Reisen für Jugendliche aus Hamburg und Umgebung. Sie werden von ausgebildeten, ehrenamtlichen JugendgruppenleiterInnen des Vereins organisiert und durchgeführt. Wichtig ist für uns eine von Toleranz und Freiheit geprägte Gemeinschaft, in der sich Kinder und Jugendliche dann oftmals in einer für sie neuen Rolle erleben und ausprobieren können. Mit tollem Programm, vielen Gruppenaktivitäten, Spaß und neuen Erfahrungen werden die Reisen oft zu einem unvergesslichen und prägenden Erlebnis.

Dieses Jahr bieten wir drei Reisen an:

* **Eine Kinderfreizeit vom 6.8. bis 13.8.** im Freizeithaus Marwede in der Lüneburger Heide für 10-12jährige (230 Euro).

* Für die 13-15jährigen geht es vom **2.8. bis 15.8.** nach Kroatien in ein Haus mit eigener kleiner Badebucht und Terrassenblick auf die kroatische Riviera (575 Euro).

* Mit den 16-17jährigen fahren wir vom **30.7. bis 13.8.** in ein Surfcamp am Idrosee in Italien. Ein Surfkurs über sieben Einheiten á 1-2 Stunden ist im Preis enthalten (575 Euro).

Für Familien mit geringem Einkommen besteht die Möglichkeit der Bezuschussung. Weitere Informationen gibt's di. bis fr. zwischen 10 und 13 Uhr unter Tel. 28 40 95 0 oder Email info@cvjm-hamburg.de. (CVJM Hamburg) ■



Straßen- und Stadtteilstefte über St. Georg

Fangen wir mit der Bunten Langen Reihe an, die in den vergangenen Jahren Ende April/Anfang Mai stattgefunden hat. Offenbar hat der Bürgerverein den Auftrag zur Organisation des kommerziellen Straßenfestes nicht mehr an Ralf Pavlicek vergeben, sondern an den ebenfalls kommerziell agierenden Verein Hamburg Pride e.V. Während das Gerücht geht, dass in diesem Jahr zwei Mal eine vermeintlich Bunte Lage Reihe stattfinden soll (Bleibt Herr P. im Spiel?), ist auf jeden Fall klar, dass das von Hamburg Pride (die auch den CSD-Umzug managen) organisierte Fest für den **29./30. Mai** angemeldet ist. Damit rückt dieses Straßenfest erstmals in verdächtige Terminnähe des von Gemeinde und Einwohnerverein veranstalteten Stadtteilstefes, doch dieses ist magels Kapazitäten und Überschneidung mit anderen Veranstaltungen erst wieder für 2011 vorgesehen. Zwar hat Hamburg Pride eine stadtteilverbundene Ausrichtung der Bunten Langen Reihe angekündigt, doch der Einwohnerverein bleibt nach jahr-

zehntelanger Erfahrung damit skeptisch und wird sich auch in diesem Jahr daran nicht



Stadtteilstefte 2009

Kartenmaterial

Wer historisches Kartenmaterial zu St. Georg und Hamburg sucht, wird jetzt kostenfrei fündig. Die Staats- und Universitätsbibliothek hat kürzlich 200 digitalisierte historische Hamburg-Karten ins Netz gestellt. Einen entsprechenden Blog-Eintrag mit Hintergrundinformationen gibt es im Web unter <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subcharts/digbib/iframe>, die Karten mittels einer graphischen Suchfunktion unter <http://agora.sub.uni-hamburg.de/subcharts/digbib/iframe>. ■

Fußgängerampel bleibt!

Vor wenigen Monaten hatten wir im „Drachen“ für eine Unterschriftensammlung geworben, die die Bürgerinitiative „Ohne Mix is nix!“ auf den Weg gebracht hatte. Es ging dabei um die Fußgängerampel über den Steindamm, Höhe Stiftstraße. Die Polizei wollte die provisorische Ampel bald wieder abgeschafft wissen, jetzt hat sich aber die Initiative und die Kommunalpolitik durchgesetzt: Die Ampel wird zu einer Dauerreinrichtung. Der Dank für entsprechende Initiativen geht vor allem an Gode Wilke (Mix-Initiative/Einwohnerverein), Michael Schulz (Vor-Ort-Büro) und Regina Freuer (GAL-Bezirksabgeordnete und Einwohnerverein) ■.



beteiligen. Auch deswegen, weil für den **29. Mai** (19 Uhr) von verschiedenen Stadtteilkulturgruppen usw. wieder eine „wundbar“-Kulturturnacht in der Dreieinigkeitskirche (St. Georgs Kirchhof) vorbereitet wird. ■

DIE LINKE.

Stadtteilgruppe St. Georg
**„Die öffentlichen Finanzen,
 der Senat und das Grauen“**
 Stellung nimmt der
 Bürgerschaftsabgeordnete
 Dr. Joachim Bischoff

Mittwoch, 17. März 2010, 19.30 Uhr
 Neuer Saal, Stiftstraße 15 (1. Stock)

FRAKTION VOR ORT

**Allrounderin
 sucht Teilzeit-Stelle in St.-Georg**

Engagierte 40-Jährige,
 sicher in Wort und Schrift,
 erfahren in allen
 Büro- & Sekretariatsarbeiten,
 Internet-affin, PC-sicher, verkaufserfahren,
 freundlich, mit gepflegtem Auftreten und
 angenehmer Telefonstimme
 sucht ab sofort:

Büro, Praxis, Hotel, Firma ...
 zum zuverlässigen Einbringen ihrer Talente.
 Ich freue mich auf Ihren Anruf:
 0170 / 244 54 97

SAGA-MieterInnen, aufgepasst!

Das Netzwerk Recht auf Stadt, zu dessen Mitbegründern auch der Einwohnerverein gehört, lädt ein zu einer Versammlung der SAGA-MieterInnen am 25. März, um 19 Uhr, ins „Centro Sociale“ (Sternstraße 2, nahe der U-Bahn Feldstraße). Insgesamt 23.000 SAGA-MieterInnen haben seit Vorlage des neuen „Mietenspiegels 2009“ vor wenigen Monaten ein Mieterhöhungsverlangen zugestellt bekommen. Erklärtes Ziel der SAGA ist es, die Mieten der nicht mehr gebundenen (Sozial-)Wohnungen über kurz oder lang an den mittleren Satz des Mietenspiegels „anzupassen“, was für viele

eine dramatische Erhöhung bedeuten wird. Wer sich über die SAGA informieren will, auch wer seine Stimme gegen die regelmäßigen Mieterhöhungen im Gefolge des alle zwei Jahre vorgelegten Mietenspiegels erheben möchte, sollte am **25. März** mit dabei sein. Die Frage, die es an diesem Abend zu klären gilt, lautet: „Was für eine SAGA wollen wir?“ Mehr Informationen (u.a. den Veranstaltungsaufwurf) gibt es im Netz unter http://wiki.rechtaufstadt.net/index.php/Mietenstopp_sofort! oder auch unter <http://centrosociale.de>. Mailkontakt gibt es über mieterhoehung@nadir.org. ■

Zwei Monate Glatteis

Einerseits war es ja wirklich schön mit dem Schnee und der zugefrorenen Alster, andererseits boten auch St. Georgs Straßen, Geh- und Fahrradwege in den letzten Wochen teilweise das Bild einer großen Eisbahn. Die Stadt kam teilweise erst in der Schlussphase in die Hufe, so mancher Hauseigentümer hat seine Räumspflicht wochenlang ignoriert. Die Folge sind etliche Stürze, Arm- und Beinbrüche. Unsere besten Genesungswünsche gehen an Ricarda Wyrwol, stellvertretend für alle St. Georger BürgerInnen, die sich in den vergangenen Wochen verletzt haben. ■



Eisige Wochen auf St.Georg

Geburtstag

Meist gratulieren wir an dieser Stelle ja Einrichtungen und Läden, die schon auf eine stattliche Zahl von Jahren zurückblicken können. In diesem Fall gehen die besten Geburtstagswünsche an „unser Einjähriges“: Am 24. Februar 2009, also vor gut einem Jahr, haben wir „Hamburgs erste

Kommunale Litfaßsäule“ am Carl-von-Osietzky-Platz einweihen können. Bisher läuft die Chose gut, vor allem dank unseres Litfaß-Teams aus Sabine Eckhoff, Rita Kreis und Steffen Leipnitz; die verantwortliche Geschichtswerkstatt bewahrt den Überblick und kann immer wieder



Ende gut, alles gut: die Säule gehört uns!

neue Plaktierungswünsche entgegennehmen, ernsthafte Beschwerden sind bisher ausgeblieben (auch nicht von der Hamburger Außenwerbung Ströer, der die Säule nach wie vor gehört). Wer ein (nichtkommerzielles) Plakat aufhängen möchte, maildet sich bitte rechtzeitig unter litfassaeule@gw-stgeorg.de. Wir können eine günstige Druckmöglichkeit vermitteln und nehmen im Übrigen alle wild geklebten, kommerziellen Plakate gleich wieder ab. Muss sein! ■

CAFE
Gnosa

TÄGLICH 10:00 BIS 1:00
FREITAGS U. SAMSTAGS BIS 2:00

LANGE REIHE 93
20099 HAMBURG
TEL.: 040 - 24 30 34
WWW.GNOSA.DE

Mieterverein zu Hamburg

im Deutschen Mieterbund (DMB)

Über Mietprobleme
kann man
prima diskutieren.

Lösen kann
man sie mit uns.



☎ 87979-0
www.mieterverein-hamburg.de
Zentrale: Beim Strohhouse 20 • 20097 HH

Impressum

Herausgeber:

Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V.
Hansaplatz 9, 20099 Hamburg
V.i.S.d.P.: Michael Joho,
c/o Einwohnerverein St. Georg
Redaktion: Michael Joho, Kirsten Khaschei,
Bernhard Stietz-Leipnitz, Gode Wilke (Text);
Matthias Krüttgen, Hermann Jürgens (Fotos)
Redaktionsschluß: 20. des Vormonats
Anzeigen: Imke Behr, ☎ 24 48 21
Veranstaltungen: M. Joho, ☎ 280 37 31
Gestaltung & Produktion:
Gode Wilke, Hermann Jürgens
Druck: Scharlau GmbH
Verteilung: Gode Wilke, ☎ 24 00 67
Auflage: 2.200 Exemplare